

Haushaltsrede der BürgerGemeinschaft Emmerich (BGE) zum Doppelhaushalt 2026/2027

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

kommunale Selbstverwaltung ist kein optionales Angebot. Sie ist Verpflichtung. Und der Haushalt ist ihr Kern.

Wer sich der gemeinsamen Haushaltsarbeit entzieht, entzieht sich einem wesentlichen Teil dieses Mandats. Der Fraktionsvorsitzende der Alternative für Deutschland hat die fraktionsübergreifende Abstimmungsrunde zum Doppelhaushalt frühzeitig verlassen und seine Mitarbeit beendet. Damit wurde ein zentraler Arbeitsprozess zur Sicherung unserer finanziellen Handlungsfähigkeit aufgegeben. Seine heutige Haushaltsrede ordnet dieses Verhalten politisch ein.

Opposition ist legitim. Sich der gemeinsamen Verantwortung zu entziehen, ist es nicht.

Selbstverwaltung bedeutet, gerade dann Verantwortung zu übernehmen, wenn Entscheidungen schwierig sind – nicht nur dann, wenn sie bequem erscheinen. Unsere kommunale Ordnung lebt davon, dass Mandatsträger bereit sind, Positionen auszuhandeln, Kompromisse zu tragen und Verfahren konstruktiv mitzugestalten.

Ein Ratsmandat ist kein Beobachterposten. Es ist ein Gestaltungsauftrag.

Gerade in Zeiten zwingender Haushaltskonsolidierung erwarten Bürgerinnen und Bürger Ernsthaftigkeit, Verlässlichkeit und Präsenz am Verhandlungstisch. Wir übernehmen diese Verantwortung.

Emmerich steht unter erheblichem finanziellem Druck. Steigende Personal- und Sachkosten, hohe Investitionsbedarfe, unsichere Ertragsentwicklungen und externe Vorgaben engen unseren Handlungsspielraum zunehmend ein.

Das strukturelle Defizit verbleibt in zweifacher Millionenhöhe. Das ist kein Randproblem – das ist eine ernsthafte Herausforderung für die dauerhafte Leistungsfähigkeit unserer Stadt.

Diese Realität verlangt Klarheit. Wer sie verharmlost, hilft niemandem. Wer sie ignoriert, handelt fahrlässig.

Wir brauchen Ehrlichkeit – gegenüber uns selbst und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Ehrlichkeit darüber, dass nicht alles gleichzeitig finanzierbar ist. Ehrlichkeit darüber, dass Prioritäten gesetzt werden müssen. Und Ehrlichkeit darüber, dass Haushaltskonsolidierung kein einmaliger Kraftakt, sondern ein mehrjähriger Prozess ist.

Der Doppelhaushalt 2026/2027 schafft dafür eine wichtige Grundlage. Er gibt Planungssicherheit über zwei Jahre und zwingt uns, strategisch zu denken. Doch ein beschlossener Haushalt ohne kontinuierliche politische Steuerung wäre ein Blindflug.

Haushaltsverantwortung endet nicht mit dem Beschluss – sie beginnt dort erst.

Bildung hat Priorität. Investitionen in Schulen, Schulgebäude und Sportstätten sind Investitionen in die Zukunft unserer Stadt. Gerade in diesem Bereich fließen erhebliche Fördermittel von Land und Bund. Diese Mittel konsequent zu nutzen, ist nicht nur finanziell vernünftig – es ist generationengerecht.

Ja zur Konsolidierung – aber nicht auf dem Rücken von Bildung, Kindern und Jugendlichen. Ja zur Haushaltsdisziplin – aber mit klarem Fokus auf zukunftssichernde Investitionen.

Diese Wahlperiode muss die Phase der strukturellen Stabilisierung werden. Konsolidierung heißt priorisieren. Konsolidierung heißt entscheiden. Konsolidierung heißt Verantwortung übernehmen – heute, nicht morgen.

Der Doppelhaushalt 2026/2027 ist kein Zielpunkt – er ist ein Ausgangspunkt. Unser Anspruch ist eindeutig: Diese Wahlperiode muss die finanzielle Trendwende einleiten. Andernfalls droht ein dauerhafter Verlust kommunaler Handlungsfähigkeit.

Die Konsolidierungsgespräche verliefen aus unserer Sicht konstruktiv. Unter den gegebenen Voraussetzungen können in diesem Doppelhaushalt Steuererhöhungen für Bürgerschaft und Wirtschaft vermieden werden. Genau daran knüpfen wir unsere Zustimmung. Einem Haushalt mit vermeidbaren Steuererhöhungen werden wir nicht zustimmen.

Vielen Dank.